

Finanzanlagenbericht 2013

Anlage
- Finanzanlagenbericht 2013

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00724

Bekanntgabe im Finanzausschuss vom 29.07.2014 (VB)
Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht
zur beiliegenden Bekanntgabe

Anlass	Vorlage des Finanzanlagenberichts für das Jahr 2013
Inhalt	Der Finanzanlagenbericht beschreibt die Bestände, die Aufteilung und die Entwicklung der städtischen Finanzanlagenportfolios und umfasst die zweckgebundenen Finanzreserven der Stadt, das Stiftungs- und sonstige Treuhandvermögen sowie die Finanzanlagen des Cash Managements der Kasse.
Gesucht werden kann im RIS auch nach	Finanzanlagenbericht 2013 Finanzanlagenportfolio, Finanzreserven

Finanzanlagenbericht 2013

Anlage
- Finanzanlagenbericht 2013

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00724

Bekanntgabe im Finanzausschuss vom 29.07.2014 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Entsprechend Ziff. 2 des Stadtratsbeschlusses „Überprüfung des Finanzmanagements der Stadtkämmerei und Schlussfolgerungen“ vom 17./18.03.2009 ist dem Stadtrat jährlich ein Finanzanlagenbericht für das vorangegangene Kalenderjahr vorzulegen. Mit anliegendem Finanzanlagenbericht 2013 kommt die Stadtkämmerei zum fünften Mal dieser Berichtspflicht nach.

Der Finanzanlagenbericht beschreibt die Bestände, die Aufteilung und die Entwicklung der städtischen Finanzanlagenportfolios und umfasst die zweckgebundenen Finanzreserven der Stadt, das Stiftungs- und sonstige Treuhandvermögen sowie die Finanzanlagen des Cash Managements der Kasse. Er ist in folgende drei Abschnitte gegliedert:

- Bestand, Aufteilung und Entwicklung des Assetmanagement-Portfolios
- Bestand und Entwicklung des Cash Management-Portfolios
- Risikocontrolling

Daneben enthält er einen Konjunktur- und Marktrückblick auf das zurückliegende Jahr 2013, einen Marktausblick für das laufende Jahr 2014 sowie Aussagen über die Finanzanlagenplanung 2014. Der Sachstandsbericht über Anlagestruktur und Anteil ethischer und ökologischer Geldanlagen (vgl. Stadtratsbeschluss vom 18./19.12.2007 „Ausrichtung des Vermögensmanagements der Landeshauptstadt München nach ethischen und ökologischen Kriterien“) ist ebenfalls integraler Bestandteil des Finanzanlagenberichts.

Redaktionsschluss für den Finanzanlagenbericht war der 30.05.2014.

Der Korreferent der Stadtkämmerei, Herr Stadtrat Michael Kuffer, und der Verwaltungsbeirat des Kassen- und Steueramts, Herr Stadtrat _____, haben jeweils einen Abdruck der Bekanntgabe erhalten.

II. Bekannt gegeben

Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/-in

Dr. Ernst Wolowicz
Stadtkämmerer

- III. Abdruck von I. mit III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei – KaStA 1.1
z. K.

- IV. WV Stadtkämmerei KaStA 1.1

/

home/susann.winkler/6_SKA_PROJEKTE/Zusammenarbeit_Kasta_1/Berichte/2013/Finanzanlagenbericht/Bekanntgabe/Beschlussvorlage/2014-06-12_Bekanntgabe

Stadtkämmerei

KaStA 1.1

I. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

II. **An das Sozialreferat, Stiftungsverwaltung
an die Stadtkämmerei – KaStA 1.2**

z. K.

Am



Landeshauptstadt
München
Stadtkämmerei

Finanzanlagenbericht

Landeshauptstadt München

2013

Grundsätzliches	3
1 Konjunktur- und Marktrückblick 2013	5
2 Bestand, Aufteilung und Entwicklung des Assetmanagement-Portfolios	7
2.1 Gesamtportfolio	7
2.2 Finanzreserven.....	9
2.3 Treuhandvermögen.....	10
2.4 Stiftungen.....	11
3 Bestand und Entwicklung des Cash Management-Portfolios	12
3.1 Finanzanlagen des Cash Managements	12
3.2 Rendite Cash Management	13
4 Risikocontrolling	14
4.1 Schwerpunkte im Jahr 2013.....	14
4.2 Kontrahenten	14
4.3 Geldanlagen im Sicherungssektor „Staat“	14
4.4 Geldanlagen im Sicherungssektor „Einlagensicherung“	14
4.5 Geldanlagen im Sicherungssektor „Pfandbriefe“	14
4.6 Geldanlagen im Sicherungssektor „sonstige Sicherungen“	14
4.7 Ausblick auf das Jahr 2014	14
5 Marktausblick 2014	15
6 Finanzanlagenplanung 2014	16
6.1 Kassen- und Steueramt, Abt. 2 Finanzen und Versicherungen, Assetmanagement.....	16
6.2 Kassen- und Steueramt, Abt. 1 Kasse, Cash Management	17
7 Bericht über ethische und ökologische Geldanlagen	18
7.1 Berichtsauftrag.....	18
7.2 Fondsentwicklung.....	18
Glossar	19
Finanzreserven – Zweckbestimmung	21
Finanzreserven – Kennzahlen – Mehrjahresübersicht	22
Impressum	23

Stadtratsaufträge und Ziele

Entsprechend dem Stadtratsauftrag aus der Beschlussvorlage „Überprüfung des Finanzmanagements der Stadtkämmerei und Schlussfolgerungen“ vom 17./18.03.2009 wird der Finanzanlagenbericht für das Kalenderjahr 2013 vorgelegt. Der Finanzanlagenbericht informiert über die Anlagen und Strukturen im Vermögensmanagement sowie evtl. erfolgte Anpassungen des Anlagekonzeptes. Ziel des Berichtes ist es, den ehrenamtlichen Stadtrat über die Entwicklung der Finanzanlagen im Berichtszeitraum zu informieren, größtmögliche Transparenz über Einflussfaktoren auf die Ergebnisse herzustellen und soweit angezeigt - zeitnah - Ansatzpunkte für Steuerungsmaßnahmen aufzuzeigen. Gleichzeitig wird auch der Sachstandsbericht über Anlagestruktur und Anteil ethischer und ökologischer Geldanlagen (vgl. Stadtratsbeschluss vom 18./19.12.2007 „Ausrichtung des Vermögensmanagements der Landeshauptstadt München nach ethischen und ökologischen Kriterien“) in diesen Bericht integriert.

Besonderheiten der Berichterstellung und bei BerichtsDarstellungen

Berichtszeitraum und Datenbasis

Der Finanzanlagenbericht 2013 bezieht sich auf das Kalenderjahr vom 01.01.2013 bis 31.12.2013 und wird dem Stadtrat entsprechend dem Referentenvortrag zum Stadtratsbeschluss vom 02./04.10.2012 „Rückstellungen in den Schuldenbericht aufnehmen“ zusammen mit dem Jahresabschluss 2013 vorgelegt.

Die Übersichtstabellen über die Bestandsveränderungen der Portfolien gehen als Ausgangsbasis zum 01.01.2013 von den Bestandswerten des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 aus.

Wertangaben

Zu beachten ist, dass je nach Berichtsgegenstand unterschiedliche Blickwinkel eingenommen werden können und es dadurch zu thematischen Überschneidungen kommen kann. Wird z. B. über den Bestand der von der Kasse verwalteten Mittel berichtet, können darin auch im Rahmen der Einheitskasse verwaltete Treuhandgelder (inkl. Eigenbetriebe) und liquide Mittel von Finanzreserven enthalten sein, die in anderem Zusammenhang bei der jeweiligen Finanzreserve oder beim jeweiligen Treuhandbestand ebenfalls erfasst werden. Je nach Zielsetzung des konkreten Berichts kann es sich bei Angaben zu Wertpapierbeständen um Buchwerte, Kurswerte oder Nominalwerte handeln. Dies ist an betreffender Stelle jeweils vermerkt. Je nach Marktlage können diese Werte teilweise erheblich voneinander abweichen.

Rechtlicher Rahmen

Der rechtliche Rahmen für kommunale Geldanlagen ergibt sich aus den einschlägigen Kommunal- und Stiftungsgesetzen, aus konkretisierenden Stadtratsbeschlüssen und Verwaltungsvereinbarungen mit den treugebenden Organisationseinheiten der Landeshauptstadt München (LHM). Das kommunale Anlageuniversum ist durch Art. 74 Abs. 2 Bayerische Gemeindeordnung (GO) beschränkt, der als

Mussvorschrift vorgibt, dass bei Geldanlagen auf ausreichende Sicherheit zu achten ist. Daneben sollen sie einen angemessenen Ertrag erbringen. Bei dem Verhältnis Sicherheit zum Ertrag hat die Sicherheit deshalb Vorrang. Für selbständige Stiftungen wird laut Bayerischem Stiftungsgesetz eine sichere und wirtschaftliche Vermögensverwaltung gefordert, darunter versteht man den Erhalt des realen Werts des Stiftungskapitals. Die Voraussetzungen für die Geldanlage der rechtlich unselbständigen kommunalen Stiftungen ergeben sich aus Art. 84 GO unter Verweis auf die kommunalen Anlagegrundsätze (s. o.).

Bei den Kassenmitteln hat die Kasse gemäß § 53 Abs.1 Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik (KommHV-Doppik) darauf zu achten, dass sie für Auszahlungen rechtzeitig verfügbar sind (Liquiditätsplanung).

Der Bestand an Bargeld und die Guthaben auf den für den Zahlungsverkehr bei Kreditinstituten errichteten Konten sind auf den für Zahlungen notwendigen Umfang zu beschränken. Vorübergehend nicht benötigte Kassenmittel sind so anzulegen, dass sie bei Bedarf verfügbar sind.

Portfoliosicht und Gesichtspunkte des Rechnungswesens

Die Finanzanlagen, die von diesem Bericht erfasst werden, sind einem breiten Spektrum verschiedener Portfolien mit teilweise sehr unterschiedlichen Anlagehorizonten und -strukturen zugeordnet. Sie reichen von

- Mitteln der Kasse

über

- gesetzliche oder vom Stadtrat beschlossene Finanzreserven, Treuhandgelder (z. B. für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien reservierte Gebühreneinnahmen bzw. -überschüsse) oder Kundengelder der Städtischen Bestattung (Grabpflege und Bestattungsvorsorge)

bis hin zu

- den Mitteln der rechtsfähigen und nichtrechtsfähigen Stiftungen, die getrennt vom Vermögen der LHM zu halten sind.

Nicht erfasst sind Beteiligungen und sonstige Vermögensgegenstände.

Je nach Liquiditätsgrad und Anlagezweck werden die Finanzanlagen im Anlagevermögen bzw. im Umlaufvermögen der Bilanz auf der Aktivseite abgebildet. Dort sind sie allerdings nicht unmittelbar unter dem Blickwinkel des Einzelportfolios ersichtlich, da die einzelnen Positionen der Bilanz nach Liquiditätsgrad gegliedert sind. So können die Mittel eines Portfolios sowohl in den Positionen Geldanlagen Kasse, Wertpapiere des Anlage- und des Umlaufvermögens sowie Sonstige Ausleihungen enthalten sein. Dieser Bericht soll die Finanzanlagen dagegen unter Portfolioaspekten aufgliedern und eine dementsprechende Betrachtung ermöglichen.

Mittelflüsse während des Haushaltsjahres, z. B. Einzahlungen aus Wertpapierzinsen und Verkäufen oder Auflösung von Finanzanlagen sowie Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen werden im Rahmen der Cash-Flow-Darstellung im Finanzhaushalt abgebildet. Im Rahmen des jährlichen Jahresabschlusses wird auch über die Summe des Anfangs- und Endbestandes an Finanzmitteln und sonstiger Liquiditätsreserven berichtet.

Alle Aufwendungen und Erträge eines Haushaltsjahres (periodenbezogen) werden im Ergebnishaushalt abgebildet. Im Vergleich zum Finanzhaushalt werden hier auch alle nicht zahlungswirksamen Vorgänge, insbesondere Wertberichtigungen oder Zinsabgrenzungen, erfasst.

Zuständigkeiten

Die Verantwortung für die Finanzanlagen ist innerhalb der Stadtkämmerei auf mehrere Bereiche verteilt: Das Finanzmanagement der Mittel der Finanzreserven, der Stiftungen und sonstigen Treuhand- und Sondervermögen wurden im Berichtszeitraum von der Stadtkämmerei, Kassen- und Steueramt, Abteilung 2.1 (KaStA 2.1), Finanzen, wahrgenommen.

Soweit es sich um liquide Mittel handelt, die für Auszahlungen im Finanzhaushalt kurzfristig nicht benötigt werden, wurden sie vom Cash Management der Abt. 1 (KaStA 1-CM) des Kassen- und Steueramts angelegt.

Im Rahmen einer Neuorganisation wurden KaStA 2.1 und KaStA 1-CM mit Wirkung zum 01.01.2014 dem Kassen- und Steueramt, Abteilung 1, Finanzierungsmanagement und Kasse, zugeordnet.

Das Risikocontrolling ist der Referatsgeschäftsleitung zugeordnet.

Das Jahr 2013, so wurde prognostiziert, könne sich im Euro-Raum zu einem Jahr des Übergangs entwickeln. Nach einer großen Vertrauenskrise 2011 und Anfang 2012 wurden gegen Jahresende schon leichte Erholungstendenzen sichtbar. Durch Fortschritte bei der notwendigen Haushaltskonsolidierung und bei der Umsetzung von Strukturreformen sollte eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und damit eine Stärkung des Wachstums erreicht werden. Unter steigendem Druck von Politik und Bevölkerung ging man davon aus, dass es im Lauf des Jahres 2013 zu gewissen Kurskorrekturen in der Reformpolitik im Euro-Raum kommen würde. Die EU-Kommission plante die Defizitziele 2013 (3 % des BIP) für einige Länder (u. a. Spanien, Frankreich etc.) zu lockern, insgesamt sollte der Reform- und Konsolidierungskurs fortgesetzt werden. Die Inflationsrisiken wurden weiterhin als gering eingeschätzt, da Rohstoff- und Ölpreise niedrig bleiben und Neuinvestitionen und der private Konsum nicht nennenswert ansteigen sollten.

Die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihen sah man wieder mehr an Fundamentalparametern orientieren und in Richtung 1,75 % ansteigen (nach 1,34 % Ende 2012). Erhöhte Risikobereitschaft der Investoren sollte die bisher vorherrschende „Flucht in Qualität“ wieder umkehren. Im Geldmarkt hingegen wurde mit einer vorübergehenden Zinspause gerechnet. Nach der EZB-Zinssenkung von Mai 2013 auf 0,50 % rechnete man zwar nicht mehr mit weiteren Zinssenkungen, ein Zinsanstieg wurde jedoch ebenfalls weitestgehend ausgeschlossen.

Die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank befanden sich im Jahr 2013 auf dem historisch niedrigsten Stand seit der Euro-Einführung. Nach der ersten Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes im Mai um 0,25 %-Punkte auf 0,50 %

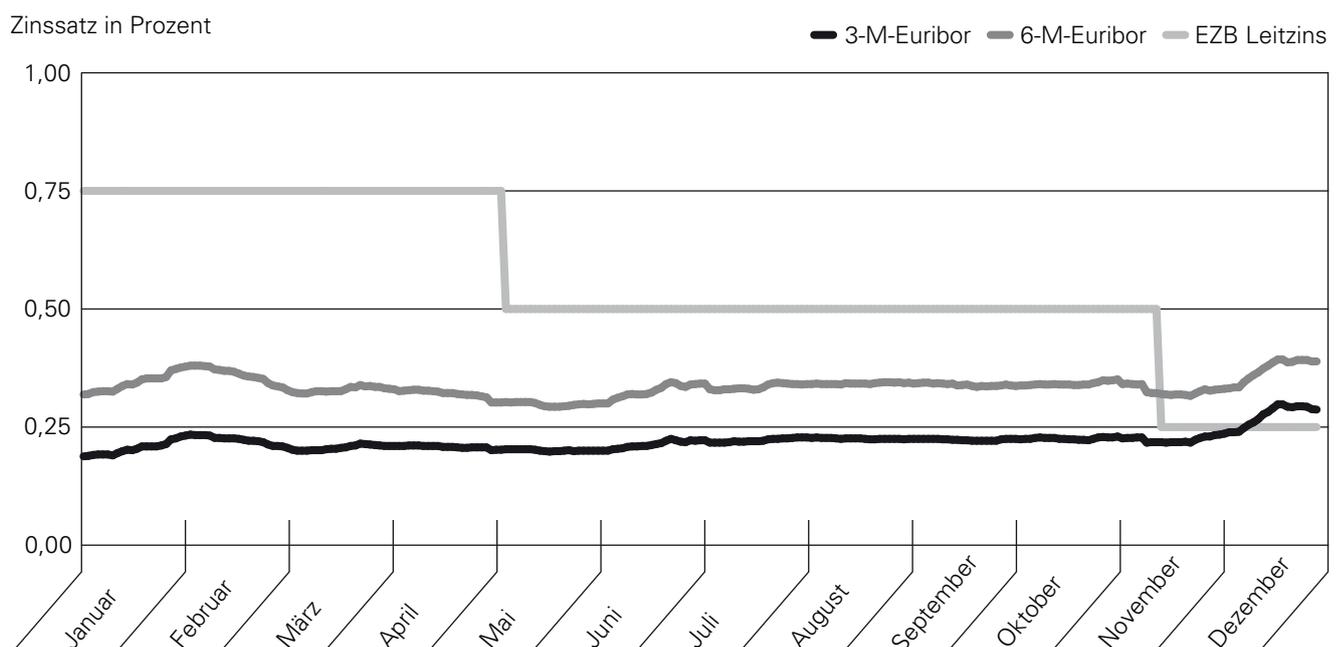
folgte eine weitere Senkung im November auf 0,25 %. Durch diese Maßnahmen konnte die Notenbank den Markt zwar nachhaltig beruhigen, sprach aber auch davon, dass unkonventionelle Mittel, wie ein negativer Einlagenzins kein Tabu mehr seien, falls es zur Stabilisierung des Währungsraums notwendig werden würde.

Die Zinssätze im Geldmarkt zeigten sich über das Jahr hinweg beruhigt und auf einem gleichbleibend konstanten Niveau. Der 6-Monats-Euribor begann bei 0,319 % (3-Monats-Euribor: 0,188 %) und schloss bei 0,389 % (3-M-E: 0,287 %), dabei bewegte er sich lediglich in einer Spanne von maximal 10 Basispunkten (3-M-E: 11bps). Den Kursverlauf an den Geldmärkten in Euro während des Jahres zeigt die **Grafik Nr. 1**.

Die wirtschaftliche Verunsicherung durch die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise nahm im Jahr 2013 nur langsam ab, die Konjunktur kam schleppend in Gang. In der zweiten Jahreshälfte befreite sich die Eurozone aus der Rezession, wobei der Konsum als wichtigster Wachstumstreiber die Wirtschaft positiv beeinflussen konnte.

Nach einem Wirtschaftswachstum von 0,7 % in 2012 konnte Deutschland in 2013 nur noch 0,4 % Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) verzeichnen. Die Exporte stiegen lediglich um 0,6 % und auch die Investoren zeigten sich weiterhin zurückhaltend. Dahingegen stiegen die Konsumausgaben der Deutschen merklich an, was den stark verbesserten Beschäftigungszahlen geschuldet war. Die Arbeitslosenquote sank 2013 bis auf 6,5 % (im Oktober und November), die Inflationsrate erreichte ihre Spitze im Juli bei 1,9 % und sank zum Jahresende wieder auf 1,4 %.

Grafik 1 Geldmarktzins 2013



Quelle: Deutsche Bundesbank

Stark dominiert wurden die Märkte durch das Verhalten der FED, der Notenbank der USA, in Bezug auf die Drosselung der Anleihekäufe (das sog. „Tapering“). Schon nach den ersten Andeutungen im Mai reagierten die US-Märkte spürbar. Der Beschluss die Anleihekäufe (bisher monatlich 85 Mrd. Euro) tatsächlich herunterzufahren erfolgte erst im Dezember (Reduzierung um etwa 10 Mrd. Euro).

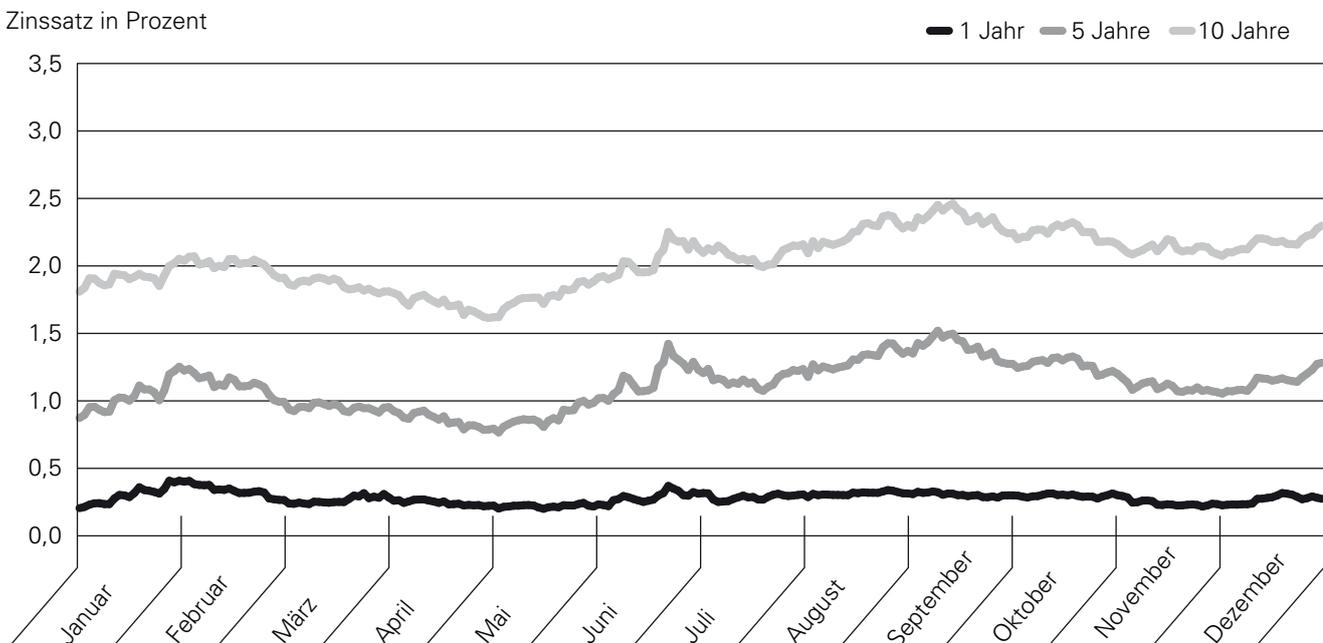
Die 10-jährigen Bundesanleihen starteten knapp unter 1,5 % und fielen bis zur Kurswende im Mai auf knapp 1,2 %. Im Schlepptau der US-Märkte stiegen die Renditen dann erstmals seit eineinhalb Jahren wieder auf über 2,0 %. Der Jahresendstand von 1,94 % konnte einen moderaten Anstieg um rund 50 Basispunkte zum Stand am Jahresbeginn verzeichnen. Ähnlich verhielt es sich mit der Entwicklung der Pfandbriefsätze (10 Jahre). Sie starteten bei 1,809 %, fanden am 30.04. ihren Tiefststand von 1,614 % und konnten zum Jahresende mit 2,299 %, nach dem Höchststand von 2,463 % am 11.09., schließen. In der **Grafik Nr. 2** ist der Zinsverlauf für öffentliche Pfandbriefe für die Laufzeiten mit einem, fünf und zehn Jahren abgebildet.

An den Devisenmärkten legte der Euro zum Dollar weiter zu. Die Erstarkung der Währung wird erklärt durch die Entspannung der Schuldenkrise und langsam zurückkehrendes Vertrauen der Investoren in die Zukunft der Währungsunion. Der Wechselkurs erreichte am 27.12.2013 ein 2-Jahreshoch von 1,3893 Dollar (Jahrestief am 04.04. 1,2745 Dollar).

Bei den Rohstoffen wurden durch steigendes Angebot und stagnierende Nachfrage überwiegend nur schwache Erträge erzielt. Das Edelmetall Gold verzeichnete 2013 das erste Verlustjahr seit über 10 Jahren, der Preis sank um 28,5 %.

Als wesentlicher Treiber auf den Aktienmärkten in 2013 gilt die hohe in Umlauf befindliche Liquidität. Im zweiten Halbjahr wurden Aktien von den Anlegern, auch aufgrund weniger rentabler Alternativen, wieder stärker favorisiert. Der DAX startete bei 7.612 Punkten und legte bis zum Jahresende 26 % zu, auf einen Stand von 9.552 Punkten zum Handelsende. Im internationalen Vergleich gehörte der DAX zur Spitzengruppe der wichtigsten Indizes, lediglich der japanische und der amerikanische Aktienmarkt legten noch stärker zu. Auch die Mid-Cap-Indizes MDax (+39,1 %) und der TecDax (+40,9 %) legten zu.

Grafik 2 Kapitalmarktzins 2013 (Öffentlicher Pfandbrief)



Quelle: Verband deutscher Pfandbriefbanken

2.1 Gesamtportfolio

Das städtische Finanzanlagenportfolio besteht aus den Teilportfolien Finanzreserven (FR), Treuhandvermögen und Stiftungen, die in den nachfolgenden Ziff. 2.2 bis 2.4 näher behandelt werden. Das Cash Management findet sich unter Ziff. 3.

Die **Tabelle Nr. 1** zeigt den Bestand zum 01.01.2013, die Bestandsveränderungen, die nicht abgegrenzten Zinseinnahmen sowie den Endbestand des Gesamtportfolios zum 31.12.2013. Die ordentlichen Erträge der Kommunalfonds sind in den genannten Zinseinnahmen nicht enthalten, soweit sie thesauriert, d. h. dem Fondsvermögen zugeschlagen wurden und daher zu keiner Veränderung der Buchwertbestände führten. Die Tabelle enthält jeweils die Buchwerte nach KommHV-Doppik. Nachrichtlich ist auch der Kurswert der Finanzanlagen zum 31.12.2013 genannt. Die Differenz aus Buch- und Kurswert stellt die im Finanzanlagenbestand enthaltenen stillen Reserven dar. Diese betragen zum 31.12.2013 rd. 80,8 Mio. € und entfallen weitgehend auf die Kommunalfonds, deren Kurswert seit

Auflage, die zum Teil bereits 2000 stattfand, zugenommen hat. Ein Teil der Kursgewinne entsteht durch die vorgenommene Zinsthesaurierung in den bestehenden Kommunalfonds, gleichzeitig wirkten sich die stark gesunkenen Marktzinsen durch erhebliche Kurssteigerungen der Anleihen sowohl in den Fondsbeständen wie auch bei den Eigenanlagen positiv auf die unrealisierten stillen Reserven aus. Diese unrealisierten Kursgewinne unterliegen bei einem Anstieg der Zinsen aber auch der Gefahr des Wiederabschmelzens.

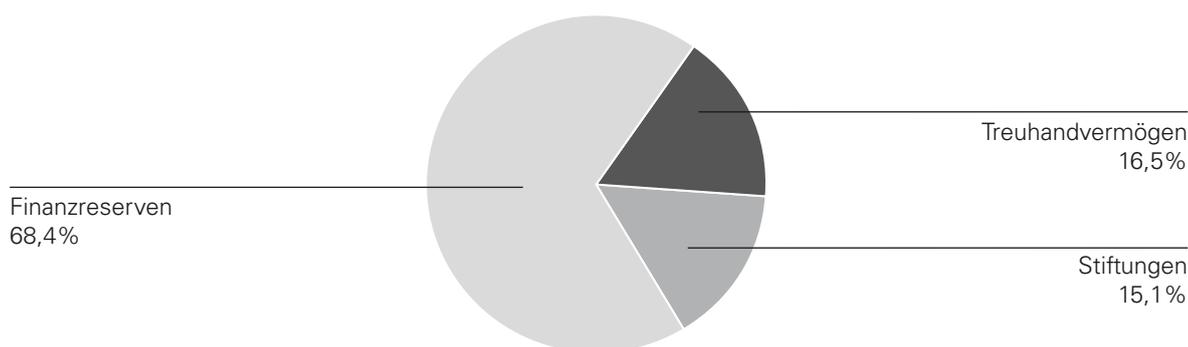
Während sich die prozentualen Anteile der Portfolien Treuhandvermögen und Stiftungen geringfügig reduzierten, erhöhte sich der Anteil der Finanzreserven am Gesamtportfolio.

Die **Grafik Nr. 3** zeigt die Zusammensetzung des Gesamtportfolios. Die FR nehmen dabei mit über 1,1 Mrd. € den weitaus größten Anteil (68,4 %) an den städtischen Finanzanlagen ein.

Tabelle 1

	Gesamtportfolio		davon Kommunal-/ Stiftungsfonds
01.01.13	Bestand (Buchwert) nach Jahresabschluss 2012	1.562,9 Mio. €	292,0 Mio. €
	Bestandsveränderungen	108,4 Mio. €	
	In Bestandsveränderungen berücksichtigte Zinseinnahmen	28,8 Mio. €	1,9 Mio. €
31.12.13	Bestand (Buchwert)	1.671,3 Mio. €	298,8 Mio. €
31.12.13	Bestand (Kurswert)	1.752,1 Mio. €	368,5 Mio. €
	Zinseinnahmen aus Kommunalfonds (Thesaurierung)		6,9 Mio. €

Grafik 3 Aufteilung des Finanzanlagenportfolios nach Teilportfolien per 31.12.2013



Die **Grafik Nr. 4** teilt das Gesamtportfolio in Eigen- und Fremdverwaltung auf. Rund vier Fünftel des Portfolios entfallen dabei auf die Eigenanlagen der Stadtkämmerei. Das Verhältnis Eigenanlagen zu Fremdanlagen (Kommunalfonds / Stiftungsfonds) betrug zum Betrachtungsstichtag unverändert etwa 4 : 1 (Vj: 4 : 1).

Der **Grafik Nr. 5** kann entnommen werden, dass in der Eigenanlage der weitaus größte Teil der Anlagen mit einer Restlaufzeit von bis zu 5 Jahren ausgestattet ist, nur bei einem sehr geringen Teil wurde eine längere Kapitalbindung gewählt. Dies ist den verschiedenen zeitlichen Ausrichtungen der FR hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit geschuldet. Portfolien mit langlaufenden Anlagehorizonten wie die FR Gesetzliche Versorgungsrücklage sind überwiegend und die Freiwillige FR Pensionen teilweise in Kommunalfonds investiert. Dort liegen die sog. Restlaufzeiten, zu deren Ende der Kapitalerhalt konzeptionsbedingt gesichert ist, zwischenzeitlich zwischen 2 und 5 Jahren. Ein Teil der Stiftungsgelder ist in Stiftungsfonds (Kommunalfonds speziell für unsere Stiftungsmittel) investiert.

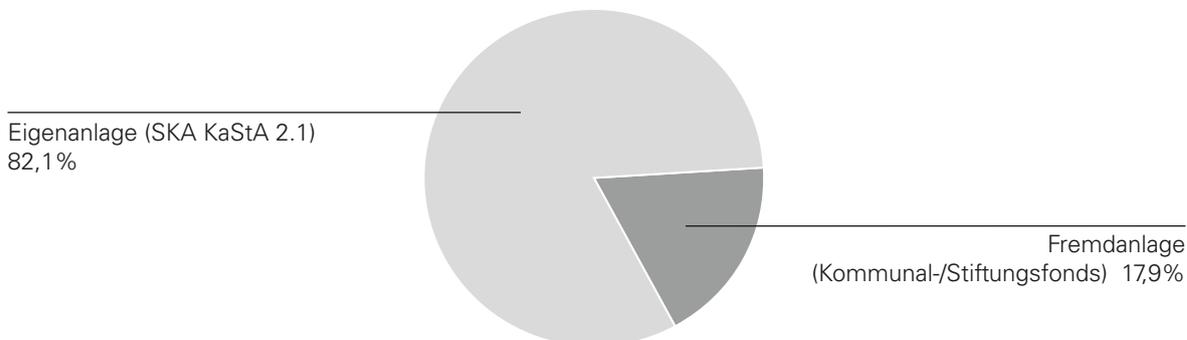
Wie im vergangenen Jahr wurde aufgrund des nach wie vor niedrigen Zinsumfeldes und der damit verbundenen Zins- und Kursrisiken langlaufender Investitionen weiterhin nur noch in Laufzeiten von maximal 4 – 5½ Jahren angelegt.

In der Eigenanlage konnte 2013 für festverzinsliche Wertpapiere eine Rendite von durchschnittlich rd. 1,81 % (Vj: 2,10 %) erzielt werden (Quelle: Wertpapierverwaltungsprogramm Mozart). Gegenüber 2012 bedeutet dies eine minimale Verschlechterung von 0,29 %-Punkten. Die relativ niedrige Rendite ist auf das historisch betrachtet sehr niedrige Zinsniveau und die Investitionen im Solva 0- und Solva 10-Bereich durch Kauf von Staatsanleihen und Pfandbriefen zurückzuführen. Weiterhin wird dem Prinzip der Sicherheit Vorrang gegeben.

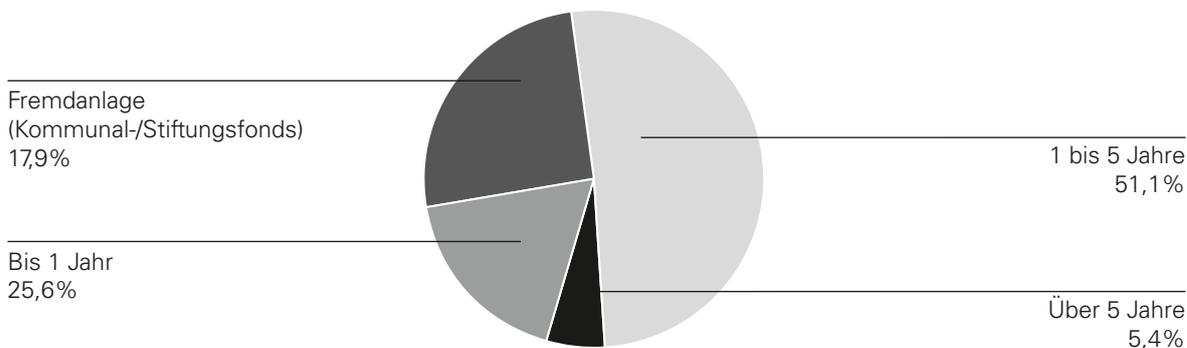
Bei den Fremdanlagen weisen die gemeldeten Durchschnittsrenditen (bezogen auf die Restlaufzeit) der Kommunalfonds eine Rendite von durchschnittlich 1,19 % (Vj: 1,84 %) aus. Die Durchschnittsperformance lag im Gesamtportfolio der extern verwalteten Mittel im gewichteten Durchschnitt bei rd. 1,41 % (Vj: 6,40 %). Die Ursachen hierfür liegen in der allgemeinen Marktentwicklung. Das Anleihejahr 2013 war von leicht anziehenden Renditen beeinflusst, wodurch sich im Ergebnis die Performance der Wertpapiere im Gesamtportfolio verschlechterte.

Entsprechend der vom Stadtrat mit Beschluss vom 17./18.03.2009 gebilligten Anlagestrategie bestehen bei Kommunal- und Stiftungsfonds keine Aktieninvestments mit Ausnahme des Bayerischen Pensionsfonds zur Gesetzlichen Versorgungsrücklage.

Grafik 4 Aufteilung des Finanzanlagenportfolios nach Eigen- und Fremdanlagen (Kommunal-/Stiftungsfonds) per 31.12.2013



Grafik 5 Aufteilung des Finanzanlagenportfolios nach Laufzeiten per 31.12.2013



2.2 Finanzreserven

Finanzreserven sind über eine Nebenrechnung erfasste Finanzbestände (Bargeld, Wertpapiere usw.) der LHM oder eines städtischen Treugebers (z. B. Eigenbetriebe). Sie unterliegen einer durch Gesetz, Vertrag oder Beschluss des Stadtrates festgelegten Zweckbindung und sind dadurch mittel- oder längerfristig der laufenden Finanzmitteldisposition entzogen. Eine Ausnahme bildet in gewisser Weise die Tilgungs- und Investitionsreserve, die grundsätzlich als nicht zweckgebunden bezeichnet werden kann.

Zu Beginn des Jahres 2013 bestanden folgende FR:

- Tilgungs- und Investitionsreserve
- Freiwillige FR Pensionen
- FR Gesetzliche Versorgungsrücklage
- FR Entwicklungsmaßnahmen (Nordhaide, Ackermannbogen, Projekt Freiham, Maßnahmeträgerschaft Riem)
- FR Altersteilzeit
- FR Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN)
- FR Stellplatzablöse nach BayBO
- FR SWM Innenstadtbüros
- FR Olympia Ruderregatta-Anlage

Im abgelaufenen Jahr wurde den Finanzreserven die Entwicklungsmaßnahme „Maßnahmeträgerschaft Riem“ infolge eines in 2013 erzielten Einnahmenüberschusses wieder hinzugefügt.

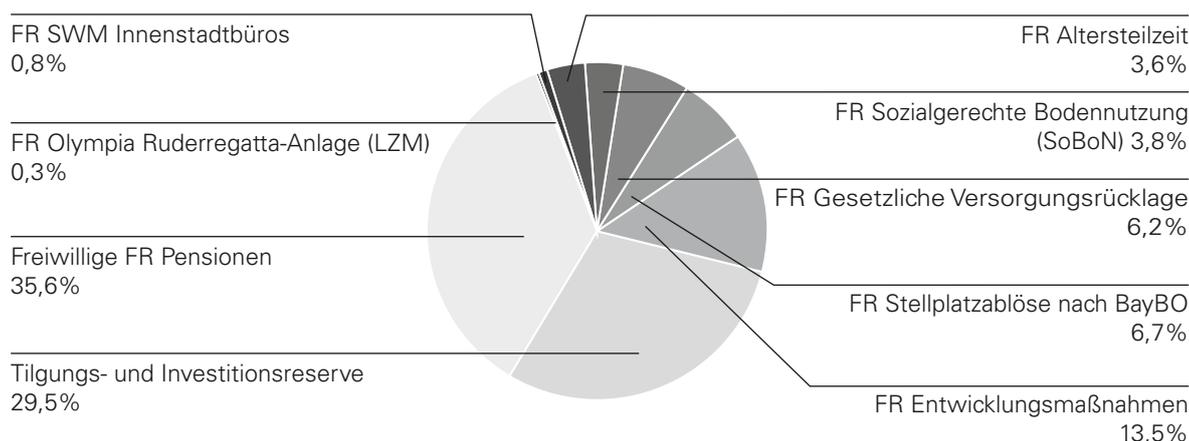
Wie die nachfolgende **Grafik Nr. 6** zeigt, nehmen die Tilgungs- und Investitionsreserve, die freiwillige FR Pensionen und die FR Entwicklungsmaßnahmen mit zusammen rd. 78,6 % (Vj.: 75,1 %) den größten Anteil an den gesamten FR ein. Während die FR Entwicklungsmaßnahmen, insbesondere die Entwicklungsmaßnahmen Maßnahmeträgerschaft Riem und Investitionsreserve in 2013 deutliche Zuführungen erhielten, zeigt sich bei der FR Altersteilzeit, dass die Entnahmen die Zuführungen deutlich überstiegen, da konzeptionsbedingt inzwischen die Auszahlungen für Freistellungsphasen deutlich ansteigen, aber kaum neue Altersteilzeitverträge abgeschlossen werden.

Für jede FR werden ihre Art, ihre Rechtsgrundlage (z. B. gesetzliche oder vertragliche Grundlage, Stadtratsbeschluss), ihr Zweck und die einzuhaltenden Anlagegrundsätze (gesetzliche, politische, Verwaltungsvorgaben) in einer „Finanzreserven-Identifikation“ beschrieben. Daneben werden in einem „Anlageprofil“ jeweils die Art der Vermögensanlage (Fremd-/Eigenanlage), Anlagezeitraum, -ziel und -konzeption, evtl. Ertragsvorgaben und -ziele, zugelassene Marktkategorien und Bonitäten und das zur Verfügung stehende Anlageuniversum festgelegt.

Die Mittel werden unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Zu- und Abflüsse in enger Abstimmung mit dem jeweils zuständigen Fachreferat angelegt. Hierzu findet jährlich in der Regel im ersten Halbjahr eine sog. Anlagekonferenz statt.

Eine Übersicht über die Zweckbindungen der einzelnen FR wird im **Anhang unter Finanzreserven – Zweckbestimmung** – dargestellt.

Grafik 6 Verteilung der Finanzreserven per 31.12.2013



Die Bestände und Bestandsveränderungen der FR im Berichtszeitraum sind aus **Tabelle Nr. 2** ersichtlich.

Im Bereich der FR bestehen aktuell vier Kommunalfondsmandate, wovon drei auf die Freiwillige FR Pensionen entfallen. Die FR Gesetzliche Versorgungsrücklage ist zum großen Teil im Bayerischen Pensionsfonds der Bayerischen Versorgungskammer investiert, der im Gegensatz zu den Kommunalfonds der LHM nach wie vor Aktien hält (Ende 2013: rd. 24,8 %, Vj: rd. 20,5 %). Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts ehemalige GBW-Wohnungen erworben. Im entsprechenden Stadtratsbeschluss vom 13.11.2013 wurde festgelegt, dass der mit liquiden Mitteln der Finanzreserve „Freiwillige Pensionen“ erworbene Immobilienbestand wiederum als Vermögensbestandteil dieser Finanzreserve zuzurechnen ist. Gleichzeitig wurden Mittel über den Ankauf von Schuldscheindarlehen zur Förderung des Wohnungsneubaus an städtische Wohnungsbaugesellschaften ausgereicht.

In der Eigenanlage wurden in 2013 insgesamt rd. 345,9 Mio. € aus Zuführungen, Fälligkeiten und Umschichtungen angelegt. Die Laufzeiten lagen dabei zwischen 3 Monaten und 10 Jahren.

Bei den FR konnte 2013 in der Eigenanlage für festverzinsliche Rentenanlagen eine Rendite von durchschnittlich 1,74 % (Vj: 2,05 %) erzielt werden. Der Renditerückgang beruht auf dem allgemein niedrigeren Zinsniveau für Neuanlagen.

Die Rendite der Renten in den Kommunalfonds von Finanzreserven belief sich nach den Angaben der Kapitalanlagegesellschaften im Durchschnitt auf rd. 1,26 % (Vj: 1,92 %). Die Durchschnittsperformance der Kommunal-

fonds, die sich aus der Entwicklung des jeweiligen Fondsanteilspreises ergibt, lag im gewichteten Durchschnitt beim Teilportfolio Finanzreserven bei rd. 2,05 % (Vj: 6,73 %).

Mit einer Jahresperformance von 7,91 % (Vj: 10,74 %) erreichte der Bayerische Pensionsfonds wieder ein sehr erfreuliches Ergebnis. Er konnte durch seinen weiter vorhandenen Aktienanteil maßgeblich von der positiven Entwicklung im Aktiensegment profitieren und erzielte gleichzeitig hohe Kursgewinne im Rentensegment durch Spreadeinengungen und sinkende Zinsen. Er verwaltet Mittel der Gesetzlichen Versorgungsrücklage für Beamte der Bayerischen Gemeinden.

Ohne seine Berücksichtigung liegt die Durchschnittsperformance der Kommunalfonds bei rd. 0,28 % (Vj: 5,60 %).

2.3 Treuhandvermögen

Im Einzelnen handelt es sich um folgende treuhänderisch verwaltete Gelder:

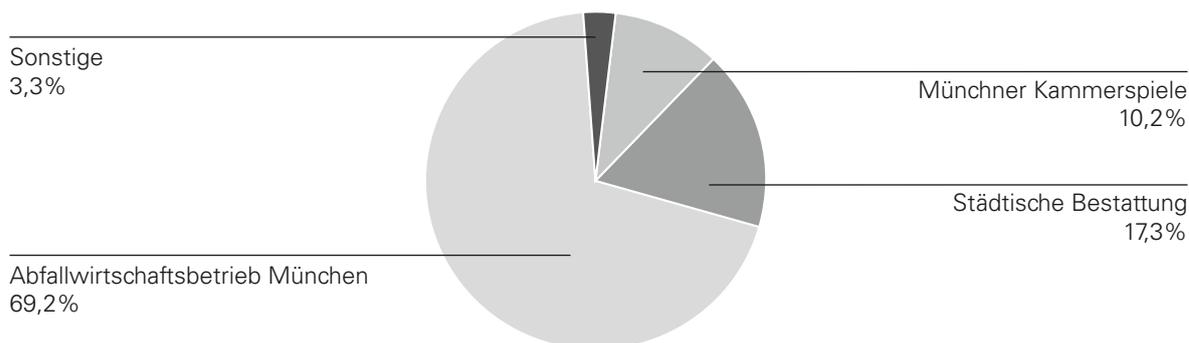
- Abfallwirtschaftsbetrieb: Pensionszusagen, Altersteilzeit, Deponie-Schadensvorsorge, Deponie-Unterhaltsfolgelasten, AWM Zentral, Rückbau des Block 3 im Heizkraftwerk (HKW) Nord und die Rücklage für die Nachsorge der Deponie Großlappen.
- Städtische Bestattung: Bestattungsvorsorge, Grabpflege.
- Münchner Kammerspiele: Rücklagen des Eigenbetriebes.
- Sonstige Treuhandvermögen: Pensionsmittel weiterer Eigenbetriebe, Mündelgelder u. a.

Die **Grafik Nr. 7** zeigt die Zusammensetzung des gesamten Treuhandmittelbestandes. Für die Treuhandgelder konnte

Tabelle 2

	Finanzreserven		davon Kommunalfonds
01.01.13	Bestand (Buchwert) nach Jahresabschluss 2012	1.040,5 Mio. €	175,5 Mio. €
	Bestandsveränderungen	103,3 Mio. €	
	In Bestandsveränderungen berücksichtigte Zinseinnahmen	17,9 Mio. €	
31.12.13	Bestand (Buchwert)	1.143,8 Mio. €	175,4 Mio. €
31.12.13	Bestand (Kurswert)	1.210,7 Mio. €	236,5 Mio. €
	Zinseinnahmen aus Kommunalfonds (Thesaurierung)		6,8 Mio. €

Grafik 7 Verteilung des Treuhandvermögens per 31.12.2013



eine Rendite von durchschnittlich 1,89 % (Vj: 2,40 %) erzielt werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass bei der Anlage der anvertrauten Mittel teilweise sehr unterschiedliche Vorgaben der Treugeber zu beachten sind.

Die Treuhandmittelbestände entwickelten sich im Berichtszeitraum wie in **Tabelle Nr. 3** dargestellt.

2.4 Stiftungen

Im Jahr 2013 wurde eine neue Stiftung errichtet. Von den nun 197 Stiftungen, deren Finanzvermögen von der LHM verwaltet wird, entfallen 57 auf selbständige Stiftungen und 140 auf unselbständige Stiftungen. Bei 167 Stiftungen handelt es sich um Stiftungen des Sozialreferates für soziale Zwecke, 29 Stiftungen werden mit anderer Zielausrichtung (z. B. im gesundheitlichen, kulturellen oder schulischen Bereich) geführt.

Die LHM hat für die selbständigen und unselbständigen Stiftungen des Sozialreferates im Jahr 2003 jeweils einen Fonds aufgelegt, dabei wird der Sicherheit des Grundstockkapitalvermögens der Stiftungen oberste Priorität eingeräumt. In die beiden Fonds wurde auch im vergangenen Jahr wieder freies Kapitalvermögen der „kleinen“ Stiftungen (132 Stiftungen mit einem Kapitalvermögen unter 1,5 Mio. €) komplett und die Hälfte der freien Vermögensanlagen der „großen“ Stiftungen (37 Stiftungen mit einem Kapitalvermögen über 1,5 Mio. €) investiert. Die Ergebnisse und Besonderheiten der Stiftungsanlagen werden, entsprechend der bestehenden Verwaltungsvereinbarung, zweimal jährlich mit der Stiftungsverwaltung des Sozialreferates erörtert.

Bei den übrigen 27 Stiftungen wurde die Anlagestrategie und die Laufzeit, entsprechend den Vorgaben der zuständigen Referate, ausgearbeitet und, je nach Kapitalbedarf der Stiftung und unter Berücksichtigung der Marktentwicklung, ausgerichtet.

Die Entwicklung der gesamten Stiftungsbestände stellte sich im Jahr 2013 wie in **Tabelle Nr. 4** aufgezeigt dar.

Die Rendite der Eigenanlagen im Rentenbereich betrug bei den Stiftungen im Durchschnitt rd. 2,31 % (Vj: 2,49 %).

Die in den beiden Stiftungsfonds investierten Mittel erwirtschafteten gemäß Angaben der Kapitalanlagegesellschaft eine durchschnittliche Rendite des Rentenanteils von rd. 1,02 % (Vj: 1,64 %). Die Durchschnittsperformance der Stiftungsfonds, die sich aus der Entwicklung des jeweiligen Fondsanteilspreises ergibt, lag im gewichteten Durchschnitt bei rd. 0,24 % (Vj: 5,78 %).

Das Finanzanlagevermögen (Buchwert) der Stiftungen reduzierte sich laut **Tabelle Nr. 4** von 254,1 Mio. € auf 252,3 Mio. €. Im Finanzanlagenbericht 2012 konnte eine Jahresabschlussbuchung in Höhe von 1,5 Mio. € beim Stiftungsbarvermögen in Zusammenhang mit der Umbuchung von Stiftungsdarlehen aus dem Hoheitsbereich nicht mehr berücksichtigt werden, dies hat entsprechend zu einem Rückgang des Finanzanlagevermögens geführt. Das gesamte Finanzanlagevermögen der Stiftungen reduzierte sich tatsächlich gegenüber dem Vorjahr nur um 0,3 Mio. €. Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf Mittelverwendungen für den Stiftungszweck und zur Sanierung und Instandhaltung von Immobilien, wofür entsprechende Rücklagen reduziert wurden. Eine nachhaltige Verringerung des Stiftungskapitals hat nicht stattgefunden.

Tabelle 3

	Treuhandvermögen		davon Kommunalfonds *)
01.01.13	Bestand (Buchwert) nach Jahresabschluss 2012	268,3 Mio. €	3,0 Mio. €
	Bestandsveränderungen	6,9 Mio. €	
	In Bestandsveränderungen berücksichtigte Zinseinnahmen	6,3 Mio. €	
31.12.13	Bestand (Buchwert)	275,2 Mio. €	3,4 Mio. €
31.12.13	Bestand (Kurswert)	278,7 Mio. €	4,3 Mio. €
	Zinseinnahmen aus Kommunalfonds (Thesaurierung)		0,1 Mio. €

*) Beteiligung MSE und Stadtgüter München am Bayerischen Pensionsfonds

Tabelle 4

	Stiftungen		davon Stiftungsfonds
01.01.13	Bestand (Buchwert) nach Jahresabschluss 2012	254,1 Mio. €	113,5 Mio. €
	Bestandsveränderungen	-1,8 Mio. €	
	In Bestandsveränderungen berücksichtigte Zinseinnahmen	4,6 Mio. €	1,9 Mio. €
31.12.13	Bestand (Buchwert)	252,3 Mio. €	120,0 Mio. €
31.12.13	Bestand (Kurswert)	262,7 Mio. €	127,7 Mio. €

3.1 Finanzanlagen des Cash Management

Die Höhe der Geldanlagen im Kassenbestand hat sich in 2013 von 408,0 Mio. € (Stand 01.01.2013) auf 480,6 Mio. € (Stand 31.12.2013) erhöht. Die gute Gewerbesteuerentwicklung konnte in 2013 die hohe Entschuldung im Berichtsjahr überkompensieren.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung 2013:

01.01.2013	Bestand	408,0 Mio. €
	Bestandsveränderungen	72,6 Mio. €
	In Bestandsveränderungen berücksichtigte Zinseinnahmen	4,9 Mio. €
31.12.2013	Bestand	480,6 Mio. €

Die **Grafik Nr. 8** gibt einen Überblick über die Anlageklassen.

Im Stadtratsbeschluss vom 17./18.03.2009 wurden die Zielprioritäten für Geldanlagen von Kassenmitteln festgelegt. Diese Kriterienreihenfolge stellt den Rahmen für jede Geldanlageentscheidung im Bereich Cash Management dar:

1. Sicherheit
2. Verfügbarkeit
3. Rendite (inklusive Werterhalt)

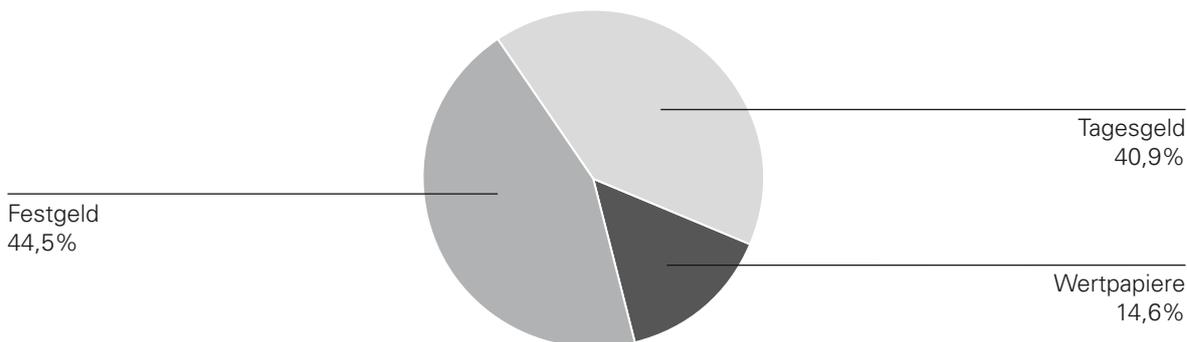
Kassenmittel müssen stets und in schwierigen Zeiten im Besonderen sicher angelegt werden. Das Cash Management achtet bei der Auswahl ihrer Geschäftspartner daher vornehmlich auf deren Bonitäten. Originär ist das Risikocontrolling für die Einhaltung dieses Ziels verantwortlich (vgl. Ziff. 4).

Ziel jeder Liquiditäts- und Finanzplanung ist die Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft eines Unternehmens oder einer Organisation. Das Cash Management ist für die Liquiditätsplanung in der LHM zuständig. Eine Stadt von der Größe Münchens benötigt einen täglich verfügbaren Tagesgeldbestand von ca. 150 Mio. €, um gegen kurzfristige, nicht planbare Auszahlungen (z. B. Gewerbesteuererstattungen) gewappnet zu sein. Dieser Zielkorridor konnte in 2013 fast immer eingehalten werden. Über den Tagesgeldbestand hinausgehende Liquidität wurde entsprechend der Liquiditätsplanung in Festgeldern und Wertpapieren angelegt. Das Cash Management stellte in 2013 die ausreichende Verfügbarkeit von Geldern sicher und konnte damit auch größere, kurzfristig gemeldete Zahlungen meistern.

Der Werterhalt gehört zwar nicht unmittelbar zu den drei klassischen Zielen einer Geldanlage (Sicherheit, Rendite, Verfügbarkeit), kann aber als eine Spezifikation des Renditeziels verstanden werden. Vor dem Hintergrund stark rückläufiger Zinssätze zu Beginn der Jahres 2009 wurde dieses Kriterium gesondert im Beschluss des Stadtrats vom 17./18.03.2009 „Überprüfung des Finanzmanagements der Stadtkämmerei und Schlussfolgerungen“ festgehalten. Auch in 2013 setzte die EZB ihre stark expansive Geldpolitik fort, um die Liquiditätsversorgung des Bankensystems sicherzustellen und finanzschwache Euro-Staaten zu unterstützen. Durch die Fortsetzung dieser Geldpolitik gaben die Zinssätze am Geldmarkt im Berichtszeitraum weiter nach.

Vor diesem schwierigen, geldpolitischen Hintergrund konnte das Cash Management das Ziel „Wererhalt“ im Berichtszeitraum nicht erreichen. Die Rendite der Kassenanlagen lag in 2013 bei 0,71 % p.a.; die Inflationsrate betrug für das Jahr 2013 bundesweit 1,5 %.

Grafik 8 Übersicht über die Anlageklassen per 31.12.2013



3.2 Rendite Cash Management

Durchschnittlicher Anlagebestand	694,0 Mio. €
Zinseinnahmen (Zinszufluss)	4,9 Mio. €
Rendite	0,71 % p. a.
EONIA 2013	0,09 % p. a.
Zusätzlicher Ertrag 2013 zur Abführung an die Nebenrechnung – Finanzmanagement	4,4 Mio. €

Das Cash Management erwirtschaftete im Berichtszeitraum trotz eines schwierigen Marktumfelds eine Rendite von 0,71 % (Vj: 1,31 %) p.a. Aufgrund dieses erfreulichen Ergebnisses konnten 4,4 Mio. € als Mehrertrag über die marktüblichen EONIA-Sätze (Euro Overnight Index Average) hinaus in die Nebenrechnung – Finanzmanagement eingestellt werden.

Dieses deutlich über Marktniveau erreichte Ergebnis war zum großen Teil auf zwei Erfolgsfaktoren zurückzuführen:

Das Cash Management hatte 2013 mit acht Banken Rahmenvereinbarungen über Tagesgelder zu Sonderkonditionen geschlossen. Die Konditionen dieser Vereinbarungen lagen durchgehend deutlich über den marktüblichen EONIA-Sätzen.

Es bestanden Sondervereinbarungen über kurzfristige Termingelder mit einer öffentlichen Bank zu Zinssätzen von 1,50 – 3,80 % p.a.

4.1 Schwerpunkte im Jahr 2013

Die noch nicht ausgestandene Staatsschulden- und Bankenkrise warf auch im Jahr 2013 ihre Schatten auf den Tätigkeitsbereich des Risikocontrollings. Die Gewinnung neuer Kontrahenten bzw. Verfügbarkeit geeigneter Anlagemöglichkeiten war teilweise insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Risikostreuung und Renditegesichtspunkten schwierig.

Gleichwohl konnten unter behutsamer Weiterentwicklung der Regelungssystematik die Voraussetzungen für die Freigabe weiterer Kontrahenten geschaffen werden.

In den einzelnen Bereichen war die Situation 2013 wie folgt:

4.2 Kontrahenten

Stand 31.12.2013 waren (Vorjahreswerte jeweils in Klammern) 88 (79) Kontrahenten für Geschäftsabschlüsse grundsätzlich freigegeben. 1 (2) Kontrahent stand auf der Beobachtungsliste, d. h. war nur für Geschäfte auf Tagesgeldbasis freigegeben.

Es konnten im Jahr 2013 weitere Kontrahenten aus dem Bereich der Genossenschaftsbanken Österreichs gewonnen werden.

Veränderungen der Kennzahlen von Kontrahenten (z. B. Rating, Höhe des haftenden Eigenkapitals usw.) führten laufend zu Anpassungen der Limite, dies betrifft sowohl Limiteinschränkungen als auch kleinere Limiterhöhungen.

4.3 Geldanlagen im Sicherungssektor „Staat“

Erfolgte Eigenanlagen in deutsche Staatspapiere bzw. staatlich abgesicherte Wertpapiere blieben auch 2013 ein Schwerpunkt im Gesamtportfolio. Dieser Sicherungssektor genießt nach wie vor die höchste Sicherheitseinstufung, bietet aber auch nur relativ geringe Renditechancen.

Durch die Beschränkung auf deutsche Staatspapiere (Bund, Länder) und, zum kleinen Teil, europäische Institutionen (z. B. EFSF) sind im Jahr 2013 keinerlei Probleme in diesem Sicherungssektor zu verzeichnen gewesen.

4.4 Geldanlagen im Sicherungssektor „Einlagensicherung“

In diesem Bereich beschränken sich die Geld-/Kapitalanlagen auf Banken, die deutschen Einlagensicherungssystemen oder den Einlagensicherungen der Genossenschaftsbanken in Österreich (Volks- und Raiffeisenbanken) angehören. Eine Öffnung auf andere ausländische Einlagensicherungssysteme ist möglich, sofern diese bezüglich der Schutzwirkung gleichrangig mit den deutschen Regelungen sind.

Es ist bekannt, dass Einlagensicherungssysteme zwar einzelne Bankenpleiten auffangen, einer allgemeinen Bankenkrise jedoch nicht standhalten können. Aus diesem Grund sind Geld-/Kapitalanlagen in diesem Sicherungssektor auch limitiert.

Probleme waren im Jahr 2013 in diesem Sicherungssektor nicht zu verzeichnen.

4.5 Geldanlagen im Sicherungssektor „Pfandbriefe“

In diesem Sicherungssektor sind nur Geld-/Kapitalanlagen zugelassen, deren gesetzliche Bestimmungen im Pfandbriefrecht mindestens gleichwertig den vergleichsweise strengen deutschen Regelungen sind.

Die Ratings der sog. Deckungsstöcke waren im Jahr 2013 einige Male in Bewegung, was zu zeitnahen Anpassungen bei den Limiten führte.

Da die erzielbaren Renditen in diesem Sicherungssektor gegenüber den Staatspapieren leicht besser sind (bei ähnlichem Sicherungsniveau), wurde der Anteil am Gesamtportfolio im Jahr 2013 maßvoll erhöht.

Probleme in diesem Sicherungssektor waren im Jahr 2013 nicht zu verzeichnen.

4.6 Geldanlagen im Sicherungssektor „sonstige Sicherungen“

Geld-/Kapitalanlagen in diesem Sicherungssektor waren auch im Jahr 2013 nur in sehr geringem Maße zu verzeichnen. Aufgrund der starken Limitierung (max. 5 % der Gesamtanlagen) werden in diesem Sicherungssektor keine Schwierigkeiten erwartet bzw. waren in 2013 auch keine Probleme zu verzeichnen.

4.7 Ausblick auf das Jahr 2014

Die Steuerung und Überwachung der Geld-/Kapitalanlagen sowie der Kontrahenten ist schon seit einiger Zeit etabliert. Im Jahr 2014 werden wieder kleinere Anpassungen und Erweiterungen der Vorgehensweisen anstehen.

Sollten sich die Befürchtungen, dass es zu einer Deflation kommt, verstärken und die EZB mittels „unkonventioneller Maßnahmen“ weitere Liquidität in die Märkte pumpen, wird dies die Schwierigkeiten, geeignete Anlagemöglichkeiten und akzeptable Renditen zu erzielen, weiter verstärken.

Durch die starke Abschmelzung der Höchstgrenzen der freiwilligen Einlagensicherung der Privatbanken ab 2015 werden sich weitere Beschränkungen bei einlagengesicherten Anlageformen ergeben. Da sich die Einlagensicherungsgrenzen jedoch in einem langfristigen Zeitraum (2015-2025) verringern, können die Geld- und Kapitalanlagen ohne Probleme den neuen Grenzen angepasst werden.

Nach einem durchwegs erfolgreichen Jahr 2013 lässt sich mit vorsichtiger Zuversicht in die Zukunft blicken. Die Nachwehen der Finanz- und Schuldenkrise ebbten in der westlichen Welt mehr und mehr ab. Erfolgreiche Haushaltskonsolidierungen stehen auf dem Plan. Der bereits in 2013 begonnene Trend der sanften Erholung sollte sich auch im kommenden Jahr weiter fortsetzen bzw. sogar noch verstärken. In der Folge wird die europäische Konjunktur im Laufe des Jahres 2014 weiter an Fahrt aufnehmen und Deutschland seine Vorreiterrolle behaupten können. Die durchgeführten Reformen werden sich auch in den Peripheriestaaten noch deutlicher bemerkbar machen. Es besteht berechnete Hoffnung, dass unter dem Rettungsschirm stehende Peripheriestaaten diesen bald verlassen und sich wieder über den Kapitalmarkt finanzieren können. Insgesamt profitieren die Finanzmärkte und hier vor allem die Aktienmärkte weiterhin vom niedrigen Zinsniveau in Kombination mit der prosperierenden Konjunkturlage.

Auch in 2014 wird der Inflationsdruck wohl kaum zunehmen, da die Arbeitslosenquote in großen Teilen Europas das relativ hohe Niveau nicht so schnell verlassen wird, Preisüberwälzungsspielräume wegen mangelnder Kapazitätsauslastung fehlen und keine Preissteigerungen in den Rohstoffmärkten erkennbar sind. Daher werden die Zentralbanken ihre expansive Geldpolitik aufrechterhalten, um mögliche deflationäre Entwicklungen energisch zu bekämpfen und die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen. Das Inflationsziel von 2 % bleibt weiter aufrecht, auch wenn im 1. Quartal 2014 die Rate auf Werte von 0,8 % gesunken ist. Die Inflationsprognose der EZB für 2014 liegt bei 1,1 %. Erste Leitzinserhöhungen sowohl von Seiten der EZB als auch von der Fed erscheinen vor 2015 unwahrscheinlich. Am Geldmarkt wird eine Seitwärtsbewegung erwartet, während die Zinsstrukturkurve im Zeitablauf vermutlich etwas steiler werden wird. Die Märkte haben diese Erwartungen für 2014 bereits eingepreist. So sollten die Renditen deutscher Bundesanleihen im Verlauf des Jahres wieder ansteigen. Das Erreichen der 2%-Marke für Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren erscheint im letzten Quartal realistisch, falls keine neuen Krisensituationen auftreten.

Aufgrund der anhaltend lockeren Geldpolitik der EZB werden sich Anleger auf der Suche nach Rendite und einem hohen Anlagedruck risikoreicheren Anlagen oder längeren Laufzeiten zuwenden, daher wird mit weiter sinkenden Risikoaufschlägen von Unternehmensanleihen gerechnet. Die Erwartung einer längeren Niedrigzinsphase, gedämpfte Inflationserwartungen aufgrund moderater Preissteigerungen sowie eine qualitativ hochwertige Anlagen begünstigende Bankenregulierung unterstützen Bundesanleihen. Ausgelöst durch die Spekulationen über etwaige Anleihekäufe durch die EZB und einer Verschärfung des Konfliktes in der Ukraine sanken die Renditen im Frühjahr 2014 wieder deutlich. Der Renditeabstand zu US-Treasuries wird vermutlich weiter zunehmen. Auch die Renditeaufschläge von Peripheriepapieren werden noch deutlicher zurückgehen, wenn die Krise weiter abflaut.

Im mittleren und langen Kapitalmarktbereich werden leicht ansteigende Zinssätze zum Jahresende hin erwartet. Insgesamt zeigen die Markterwartungen einen ruhigen

Verlauf in den Zinsmärkten (wie auch schon in den Erwartungen für 2013), die aber wohl einem gewissen Prognoserisiko unterliegen. Die Situation dürfte über das ganze Jahr 2014 stark abhängig davon bleiben, ob es zu einer Verschärfung der Krise in der Ukraine oder weiteren politischen Risiken z. B. in den arabischen Staaten kommen wird. Gleichzeitig wird die Vermeidung deflationärer Tendenzen und die Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung in Europa Hauptziel der EZB bleiben. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es sehr plötzlich zu unerwarteten Ereignissen kommen kann, die alle Prognosen für die Zukunft schnell über den Haufen geworfen haben.

Die Finanzierungsaufschläge von Pfandbriefen gegenüber deutschen Bundesanleihen bewegen sich um die 30 Basispunkte herum, differenziert nach Ausfallrisiko und Deckungsstockqualität des jeweiligen Emittenten. Im Bereich der Termingeldanlagen wird weiter mit sehr niedrigen Zinssätzen zu rechnen sein, der Kapitalbedarf einzelner Adressen hat stark nachgelassen und ebenso wie im Bereich ungedeckter Bankenschuldscheine zu stark gesunkenen Risikoaufschlägen geführt. Tagesgeldanlagen werden kaum nachgefragt, die Konditionen bewegen sich teilweise weit unter Inflationsniveau und erzielen damit negative Realrenditen.

6.1 Kassen- und Steueramt, Abt. 2 Finanzen und Versicherungen, Assetmanagement

Im abgelaufenen Jahr konnten die im Finanzanlagenbericht 2012 genannten Planungen wieder weitgehend umgesetzt werden. Sie haben sich unter der Prämisse „Hohe Sicherheit“ als erfolgreich erwiesen, es gab keine Zahlungsausfälle im Portfolio. In der aktuellen Situation haben sich international z. B. Staatsanleihen guter Schuldner von „risikolosen Zinstiteln“ verwandelt in „zinslose Risikotitel“. Für sicherheitsorientierte Anleger herrscht weiter Anlagenotstand und viele Alternativen (sowohl andere Schuldner wie auch andere Marktsegmente) werden als zu risikoreich erachtet. Dieser Trend aus 2013 hat sich bisher auch in 2014 fortgesetzt.

Wir schätzen die Risiken möglicher Zahlungsausfälle auch bisher vermeintlich sicherer Schuldner und die Eintrittswahrscheinlichkeit von bisher als unmöglich betrachteten Entwicklungen (die berühmten „Schwarzen Schwäne“) immer noch als hoch ein und halten es daher auch weiterhin für sinnvoll, Ausfallrisiken weiträumig aus dem Weg zu gehen. Zwar ist in den Märkten inzwischen eine gewisse Beruhigung eingetreten, unliebsame Überraschungen im Zusammenhang mit Finanz- und Schuldenkrisen sind aber noch nicht auszuschließen. Deshalb wird der eingeschlagene Kurs mit hoher Betonung des Aspektes „Sicherheit“ bei den Finanzanlagen auch für das laufende Jahr beibehalten.

Schwerpunktmäßig wird in der Eigenanlage weiterhin in Bundes- und Länderanleihen sowie Pfandbriefe investiert. Dies gilt, soweit der Anlagehorizont dies zulässt. Vor allem in kurzen Laufzeiten und bei bestimmten Fälligkeitsterminen steht verfügbares Material nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. In diesen Fällen wird in den Festgeldbereich ausgewichen. Es erfolgt eine breite Streuung über die verschiedenen Sicherungskategorien bei gleichzeitiger Limitierung pro Einzelemittent. Auch bei der Mittelanlage in Anleihen der Bundesländer wird (trotz Finanzausgleich) breit gestreut, auch über den Erwerb von deutschen Ländergemeinschaftsanleihen. Im Bereich der dem Sektor Staat zuzurechnenden „Agencies“ und „Sub-Sovereigns“ (Emittenten wie die KfW, Landwirtschaftliche Rentenbank, andere nach der Solvabilitätsrichtlinie mit 0 % gewichtete Emittenten) wird ebenfalls investiert. Gleiches gilt auch im europäischen Umfeld für Emissionen der EU, Weltbank, EIB oder des EFSF. Insgesamt ist der Anteil in diesem als absolut sicher betrachteten Bereich zugunsten der Anlage in deutschen Pfandbriefen auf ca. 30 % des Portfolios gesunken.

Erstmals wurden in 2013 auch Finanzanlagen im Immobilienbereich durchgeführt. Dies betraf sowohl Mittelbereitstellungen über den Ankauf von Schulscheindarlehen von städtischen Wohnungsbaugesellschaften (Zweck: Erhöhung des Wohnungsneubaus) wie auch den Erwerb von Bestandimmobilien aus strategischen Gründen. Dieser Prozess wird auch in 2014 fortgesetzt.

Die Planungen für die Fristigkeiten und Volumina der Anlagen werden auch zukünftig von der regelmäßig stattfindenden Anlagekonferenz unter Einbeziehung der betroffenen Referate wie auch vom Jahresabschluss abhängen. In den Anlagekonferenzen werden zukünftige

Mittelzuführungen und -abführungen geplant und die spätere Anlage der Mittel abgestimmt. In einigen Portfolien findet ein permanenter Austausch mit den verantwortlichen Betreuern der Referate über die konkreten Anlageinstrumente und -laufzeiten statt.

Bei der Mittelanlage im Stiftungsbereich muss stark auf die rechtlichen und steuerrechtlichen Implikationen geachtet werden. Um den vom Stiftungsrecht geforderten realen Kapitalerhalt darstellen zu können, müssen die erwirtschafteten Erträge neben der Förderung des Stiftungszwecks auch zur Substanzerhaltung des Grundstockkapitalvermögens beitragen. Deshalb ist bei einer Anlage des Vermögens in Werten, die der Inflation unterliegen, z. B. Geldvermögen, ein Inflationsausgleich zu schaffen. Dazu wird bis zu der nach Steuerrecht erlaubten Höhe ein Drittel der erwirtschafteten Erträge dem Grundstockkapitalvermögen zugeführt. Für den Erhalt der Gemeinnützigkeit sind Stiftungen verpflichtet, die Erträge zeitnah für den Stiftungszweck auszugeben. Vor diesem Hintergrund wird dieser Teil im Geldmarktbereich angelegt, um die zeitnahe Verfügbarkeit darstellen zu können. Der geforderte reale Kapitalerhalt ist vor allem unter den geltenden Prämissen des Steuerrechtes zunehmend in Frage gestellt, da sich die erzielbaren Realrenditen inzwischen im negativen Bereich bewegen. Zunehmend schwieriger wird auch die Erwirtschaftung ausreichender Erträge im Hinblick auf die Erreichung des Stiftungszweckes.

Allgemein ist zu erwarten, dass die Durchschnittsrenditen im Gesamtportfolio aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus trotz der schwächeren Gewichtung des staatlichen Sektors auch 2014 weiter zurückgehen werden. Fällig werdende Wertpapiere mit hohen Kupons aus vergangenen Jahren können nicht mit gleichen Renditen ersetzt werden. Weiterhin sind bei wieder ansteigenden Zinsen Buchwertberichtigungen aufgrund der in Folge zurückgehenden Rentenkurse nicht auszuschließen. Wegen der steilen Zinskurve bringen kurzlaufende Anlagen im Moment einen relativ geringen Ertrag, schützen aber vor Kursverlusten bei Zinsanstieg und ermöglichen ein schnelles Reagieren auf Marktänderungen. Deshalb wird eine gewisse Liquiditätsreserve kurz im Geldmarkt gehalten.

Wie schon in den vergangenen Jahren werden wir auch 2014 wieder mit dem Effekt der „Über-Pari“-Anleihen konfrontiert werden. Ältere Emissionen, die im Sekundärmarkt gehandelt werden, weisen Kupons auf, die über der aktuellen Markttrendite liegen, dies wird durch Kurse ausgeglichen, die über dem Rückzahlungskurs von 100 % und damit „Über-Pari“ liegen. Dieser Kurs schmilzt im Zeitverlauf idealtypisch auf den Rückzahlungswert ab. Bei der Einlösung entsteht damit buchhalterisch ein Einlösungsverlust, dem über die Laufzeit aber entsprechend höhere Zinserträge gegenüberstehen. Diese gebuchten Kursverluste sind also nicht „echten“ Kursverlusten gleichzusetzen. Da „Unter-Pari“-Anleihen mit vergleichbaren Markttrenditen als Anlagealternative oft nicht zur Verfügung stehen, werden auch weiterhin derartige Titel ausgewählt werden müssen und damit auch Kursverluste während der Laufzeit bzw. zum Einlösungszeitpunkt in der Bilanz auftauchen.

6.2 Kassen- und Steueramt, Abt. 1 Kasse, Cash Management

Die Schwankungsbreite des Kassenbestandes ist während des Jahres beträchtlich. Zu den Hauptsteuerterminen (= Mitte der Quartale) steigt der Kassenbestand stets deutlich an; in den folgenden Wochen wird dieser Anstieg wieder aufgezehrt.

Um weiterhin die Zahlungsbereitschaft der LHM jederzeit sicherstellen zu können, wird wie schon im Vorjahr ein Bestand an täglich verfügbaren Geldern in Höhe von ca. 150 Mio. € gehalten. Da das Cash Management für die Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft der LHM zuständig ist, bleiben wenige Möglichkeiten Anlagestrategien zu entwickeln. Im Vordergrund steht die bedarfsgerechte Verfügbarkeit der Gelder, um den finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachkommen zu können.

7.1 Berichtsauftrag

Mit Stadtratsbeschluss vom 18./19.12.2007 wurde die Stadtkämmerei u. a. beauftragt, im Rahmen des Städtischen Rechnungswesens jährlich über die Anlagestruktur und den Anteil ethischer und ökologischer Geldanlagen zu berichten. Entsprechend Ziff. 5 des Referentenvortrages zum Beschluss vom 17./18.03.2009 „Überprüfung des Finanzmanagements der Stadtkämmerei und Schlussfolgerungen“ erfolgt dieser Bericht nicht im Rahmen des Städtischen Rechnungswesens sondern als integraler Bestandteil des hiermit vorgelegten Finanzanlagenberichts.

7.2 Fondsentwicklung

Das Kalenderjahr 2013 war gekennzeichnet von einer schwachen Wertentwicklung risikoarmer Anlageklassen mit hohen Bonitäten. So wiesen 10-jährige deutsche Bundesanleihen sogar eine deutlich negative Entwicklung auf und performten mit -3,6 %. Diese, auf Sicherheit ausgewählten Anlagen, prägten in 2013 auch unseren nach ethischen, nachhaltigen und ökologischen Gesichtspunkten ausgerichteten Spezialfonds. Mit seiner höchst konservativen Anlagepolitik und der Beimischung von Unternehmensanleihen mit hohen Bonitäten – bei gleichzeitigem Fokus auf Nachhaltigkeitskriterien – konnte sich der Fonds dieser Marktentwicklung nicht ganz entziehen. Dennoch erzielte der Fonds eine Wertentwicklung nach Kosten von -0,26 % für das Kalenderjahr 2013. Die Beimischung der Unternehmensanleihen hat sich besonders positiv auf das Ergebnis ausgewirkt und bleibt auch im laufenden Jahr 2014 ein wichtiger Faktor in der Steuerung des Spezialfonds. Mit seiner konservativen Ausrichtung sollte der Fonds stabil aufgestellt sein, um sich gegenüber kommenden Marktvolatilitäten zu wappnen und im Jahr 2014 wieder an die positive Wertentwicklung der vergangenen Jahre anzuknüpfen.

Alle im Fonds enthaltenen Anlagen verfügen per 31.12.2013 über ein ESG Rating im obersten Bereich, wobei 51,64 % der Unternehmensanleihen mit der höchsten Ratingstufe (A) und 48,36 % mit B bewertet sind. Von den Solva-0-Anleihen weisen sogar 75,86 % die höchste Ratingstufe aus, für den Rest konnte ein B-Rating vergeben werden.

Bei einer Performance seit Auflage von 3,61 % p.a. belief sich das Fondsvermögen per 31.12.2013 auf 60,574 Mio. €. Die Rendite betrug 1,067 % (Vorjahr 0,72%).

Anlagebestand, durchschnittlicher

Die im Bericht angegebenen durchschnittlichen Anlagebestände errechnen sich aus dem Durchschnitt der Anfangs- und Endbestände.

Anlagehorizont

Der Zeitraum, für den eine bestimmte Summe Geld zur Anlage zur Verfügung steht. Der Anlagehorizont kann von wenigen Tagen bis hin zur Langfristanlage von 30 Jahren reichen.

Anlagestruktur

Unter Berücksichtigung des zugelassenen Anlageuniversums wird das Portfolio unter gewissen Gesichtspunkten wie z. B. Sicherheit, Liquidität, Haltedauer etc. strukturiert und die einzelnen Anlagen so aufeinander abgestimmt, dass es im Portfolio zu einer gewünschten Zielstruktur führt.

Anlageuniversum

Gesamtheit der zugelassenen bzw. möglichen Anlagen. Die Definition kann verschiedene Sektoren, Produkte, Märkte oder Währungen etc. umfassen.

Anschaffungswert

Der Kurs, zu dem ein Wertpapier gekauft wurde. Zu diesem Zeitpunkt ist der Anschaffungskurs gleich dem Buchwert des Papiers.

Bestandsveränderungen

Saldo aus Ab-/Zuführungen im Rahmen von Jahresabschlussbuchungen, Kursgewinnen/-verlusten, Wertberichtigungen, Steuererstattungen, Zinszahlungen.

Buchwert

Beim erstmaligen Kauf eines Wertpapiers ist der Buchwert gleich dem Anschaffungswert. Der Buchwert kann sich durch Abschreibungen und Zuschreibungen nach Maßgabe der KommHV-Doppik ändern.

Cash-Flow

Zahlungsstrom, der in der Vermögensanlage z. B. durch Zinszahlungen, Käufe oder Verkäufe und Fälligkeiten von Finanzanlagen ausgelöst wird.

Doppik

Abkürzung für „kaufmännische Doppelte Buchführung in Konten“. Bei der LHM wurde das Rechnungswesen zum 01.01.2009 auf Doppik umgestellt.

Duration

Maß für die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer bei einer Geldanlage in ein festverzinsliches Wertpapier.

Europäische Investitionsbank (EIB)

Die EIB ist die Bank der Europäischen Union. Sie gehört den EU-Mitgliedstaaten und vertritt deren Interessen. Dabei arbeitet sie eng mit den EU-Organen zusammen, um die Politik der EU umzusetzen.

Einlagensicherung

Einlagensicherung ist die Bezeichnung für die gesetzlichen und freiwilligen Maßnahmen zum Schutz der Einlagen (Bankguthaben) von Kunden bei Kreditinstituten im Falle der Insolvenz.

Environment Social Governance (ESG)

ESG ist die englische Abkürzung für „Environment Social Governance“, also Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. Der Begriff ist international in Unternehmen als auch in der Finanzwelt etabliert, um auszudrücken, ob und wie bei Entscheidungen von Unternehmen und der unternehmerischen Praxis sowie bei Firmenanalysen von Finanzdienstleistern ökologische und sozial-gesellschaftliche Aspekte sowie die Art der Unternehmensführung beachtet beziehungsweise bewertet werden. Viele Rating- und Research-Agenturen für Nachhaltigkeit arbeiten mit dem ESG-Ansatz.

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (kurz EFSF, englisch European Financial Stability Facility) ist eine Aktiengesellschaft nach luxemburgischem Recht mit Sitz in Luxemburg und dient als provisorischer vorläufiger Stabilisierungsmechanismus. Sie wurde am 07.06. 2010 gegründet, am 04.08.2010 voll handlungsfähig und soll im Juni 2013 auslaufen. Bis dahin wird diese noch parallel zu dem als Nachfolger geplanten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) aktiv sein.

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (kurz ESM, englisch European Stability Mechanism) ist eine internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg. Er trat am 27.09.2012 mit der Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde beim Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union in Kraft. Der ESM ist Teil des „Euro-Rettungsschirms“ und wird die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ablösen. Aufgabe des ESM ist es, überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone durch Notkredite und Bürgschaften zu unterstützen, um deren Zahlungsunfähigkeit zu verhindern.

Kapitalanlagegesellschaft

Unter einer Kapitalanlagegesellschaft (KAG) versteht man ein Unternehmen (in Deutschland in Form einer GmbH oder AG), das Investmentfonds auflegt und verwaltet.

Kurswert

Aktueller Wert, zu dem ein Wertpapier im Moment gekauft oder verkauft werden kann.

Laufzeit

Nach der üblichen Abgrenzung lassen sich kurzfristige (bis 1 Jahr), mittelfristige (1 bis 5 Jahre) und langfristige (mehr als 5 Jahre) Laufzeiten unterscheiden. Bei Anlageentscheidungen ist vor allem die verbleibende Restlaufzeit bis zum Fälligkeitsdatum von Bedeutung.

Nebenrechnung – Finanzmanagement

Dient dazu, die Ergebnisse des Anlage- und Schuldenmanagements abzubilden. 2002 wurde eine eigene Sonderrücklage „Kreditmanagement“ geschaffen, die per 31.12.2008 aufgelöst und in die virtuelle Nebenrechnung – Finanzmanagement überführt wurde.

Nominalwert

Auch Nennwert genannt. Bei festverzinslichen Wertpapieren und variabel verzinslichen Papieren ist der Nennwert gleich der Summe, die der Emittent dem Inhaber des Papiers schuldet und die er ihm am Ende der Laufzeit zurückzahlt.

Performance

Gesamtertrag einer Kapitalanlage. Sie wird über eine bestimmte Referenzperiode unter Berücksichtigung der Ertragnisausschüttungen und Marktwertveränderungen berechnet und in Prozent ausgedrückt. Diese Kennzahl wird ermittelt, um verschiedene Anlagen miteinander vergleichbar zu machen.

Portfolio

Gesamtheit der Anlage in Wertpapieren, Kontoguthaben und Termingeldern. Das Gesamtportfolio kann zur Untergliederung in verschiedene Einzelportfolios aufgespalten werden, um eine Feinsteuerung der einzelnen Bestände zu ermöglichen.

Rating

Ein Rating oder Kreditrating (englisch für „Bewertung“ oder „Einschätzung“) ist im Finanzwesen eine Einschätzung der Bonität eines Schuldners. Häufig werden die Ratings durch eigens hierauf spezialisierte Ratingagenturen in Form von Ratingcodes von AAA (beste Einschätzung) bis D (= Zahlungsausfall) vergeben. Bekannte Ratingagenturen sind z. B. Standard & Poor's, Moody's und Fitch. Deutschland verfügt z. B. bei allen drei genannten Ratingagenturen über das bestmögliche Rating von AAA.

Rendite

Es wird das Verhältnis zwischen eingezahltem und ausgezahltem Kapital in Prozent beschrieben. Oft werden unrealisierte Bewertungsteile (z. B. Kursgewinne) bei der Renditeberechnung nicht einbezogen, sondern eine Rendite auf Endfälligkeit berechnet.

Solvabilitätsrichtlinie

Gesetzliche Regelung über die Höhe der Eigenkapitalunterlegung, die von Banken für bestimmte Wertpapiere oder Forderungen gebildet werden müssen. Hier wird ein Grobraster für Ausfallrisiken aufgestellt. Forderungen an staatliche Stellen sind grundsätzlich mit 0 % Eigenkapital zu unterlegen, für Pfandbriefe gilt ein Unterlegungssatz von 10 %.

Stiftungen, Grundstockkapitalvermögen

Teil des Gesamtvermögens einer Stiftung, an den Grundsatz gebunden, dieses auf Dauer und ungeschmälert zu erhalten.

Stiftungen, selbständige

Von der LHM verwaltete rechtsfähige Stiftungen, die ausschließlich öffentliche Zwecke erfüllen und eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen. Es gelten die Bestimmungen des Bayerischen Stiftungsgesetzes.

Stiftungen, unselbständige

Von der LHM verwaltete nicht rechtsfähige Stiftungen. Die GO regelt u. a. in Art. 84 und 85 die Verwaltung dieser Stiftungen. Das Vermögen der unselbständigen Stiftungen ist getrennt vom städtischen Vermögen zu verwalten.

Tapering

Im Kontext der Finanzwirtschaft bedeutet Tapering eine Reduktion expansiver Geldpolitik (meist Verminderung des Quantitativen Easing, also reduzierte Staatsanleihenkäufe) durch die jeweilige Zentralbank.

Thesaurierung

Bei einer Kapitalanlage erfolgt keine laufende Zinszahlung, sondern es wird der angesammelte Zins in einer Summe zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgezahlt (z. B. Bundesschatzbriefe Typ B) oder bei thesaurierenden Investmentfonds dem Fondsvermögen zugeschlagen.

Zinseinnahme

Vom Schuldner zu entrichtende Vergütung für die Überlassung von Kapital innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu einem bestimmten Zinssatz. Als Einnahmen werden alle im Berichtszeitraum zugeflossenen Beträge erfasst.

Zinsertrag

Vergütung für die Kapitalüberlassung, die bilanziell durch eine periodengerechte Abgrenzung dem betreffenden Berichtszeitraum zugeordnet wird.

Tilgungs- und Investitionsreserve

Die Tilgungs- und Investitionsreserve wurde 2011 aus der Allgemeinen Finanzreserve gebildet und soll dazu beitragen, die städtischen Schulden zu vermindern oder zumindest einen Anstieg der Verschuldung abzumildern.

Freiwillige FR Pensionen

Die freiwillige FR Pensionen wurde im Jahr 2000 für alle ab diesem Zeitpunkt neu eingestellten Beamten/Beamtinnen eingerichtet. Sie dient zur Absicherung wachsender Risiken bei der Finanzierung der Beamtenversorgung. Der Stadtrat hat die darin dotierten und investierten Mittel freiwillig und ohne gesetzliche Verpflichtung reserviert.

FR Entwicklungsmaßnahmen

FR Maßnahmeträgerschaft Riem

Die FR für die Siedlungsmaßnahme Riem wurde 1994 eingerichtet. Sie dient der städtebaulichen Entwicklung des ehemaligen Flughafengeländes München-Riem, die im Rahmen einer Maßnahmeträgerschaft realisiert wird.

FR Entwicklungsmaßnahme Ackermannbogen

FR Entwicklungsmaßnahme Nordhaide

Die FR dienen der finanziellen Abwicklung der jeweiligen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme. Für diese Maßnahmen bestehen vertragliche Verpflichtungen gegenüber dem Bund, alle mit der Entwicklung zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen.

FR Entwicklungsmaßnahme Projekt Freiham

Die FR dient der finanziellen Abwicklung des Projektes Freiham (benannt nach dem benachbarten Gutshof), die neben der Messestadt Riem und der Nordhaide zu den besonderen Siedlungsmaßnahmen in München gehört. Freiham ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Stadt- und Siedlungsentwicklung der LHM.

FR Altersteilzeit

In der 1999 eingerichteten FR Altersteilzeit werden Mittel angesammelt, um die Zahlungen in der Freistellungsphase der Altersteilzeitbeschäftigten sicher zu stellen.

FR Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN)

Eine erstmalige Dotierung der FR erfolgte 1995. In den jeweiligen städtebaulichen Verträgen verpflichten sich Grundstückseigentümer im Zusammenhang mit der Schaffung von Baurecht, bestimmte Beträge an die Stadt zu leisten. Diese sind von der Stadt z. B. als Finanzierungsbeitrag zur sozialen Infrastruktur, zur Erweiterung von Kindertagesstätten, Kinderhorten oder Grundschulen zweckgebunden zu verwenden.

FR Stellplatzablöse nach BayBO

Die FR Stellplatzablöse nach BayBO gründet rechtlich auf Art. 47 BayBO i.d. Fassung v. 14.08.2007. Danach kann die Verpflichtung zum Bau oder zum Kauf von Stellplätzen unter bestimmten Voraussetzungen durch eine Zahlung an die Gemeinde abgelöst werden. Die Gemeinde wiederum ist verpflichtet, die erhaltenen Beträge für bestimmte Vorhaben (z. B. Bau von Garagen, Instandhaltung von Stellplätzen usw.) zu verwenden. Die Neufassung des Art. 47 BayBO (vormals Art. 52, 53 BayBO) gestattet zudem eine weitere Verwendung für Parkeinrichtungen und sonstige Maßnahmen zur Entlastung von ruhendem Verkehr einschließlich investiver Maßnahmen des ÖPNV.

FR Gesetzliche Versorgungsrücklage

Die gesetzliche Versorgungsrücklage wurde durch das Bayerische Versorgungsrücklagengesetz vom 26.07.1999 begründet und durch Stadtratsbeschluss vom 05.10.1999 umgesetzt. Gemäß Art. 3 des Gesetzes dient die Rücklage der Sicherung von Versorgungsaufwendungen. Die Mittel der gesetzlichen Versorgungsrücklage sind zweckgebunden. Mit Einführung der Doppik entfiel ab 2009 die gesetzliche Verpflichtung. Die Finanzreserve wird seitdem im Einvernehmen zwischen Stadtkämmerei und Personal- und Organisationsreferat freiwillig weiter geführt.

FR SWM Innenstadtbüros

Die LHM hat ehemalige Gebäude der Stadtwerke München GmbH auf die Dauer von 25 Jahren angemietet. Der Miet-(Leasing-)Vertrag enthält ein Ankaufsrecht zu Gunsten der Mieterin. Zur Finanzierung des Optionspreises für einen evtl. Ankauf 10 Jahre nach Mietbeginn und danach alle 5 Jahre bis zum Ende der Mietzeit, wurde 2003 die FR SWM Innenstadtbüros eingerichtet.

FR Olympia Ruderregatta-Anlage

Der Bund hat seine Verpflichtung für Unterhaltsleistungen an der Olympia Ruderregatta-Anlage auf die LHM übertragen und hierfür eine Abfindung in Höhe von rund 6,8 Mio. DM gezahlt. Aus der 1993 eingerichteten FR sind die anfallenden Betriebs- und Unterhaltskosten sowie die Aufwendungen für den Bauunterhalt des Leistungszentrums für Rudern und Kanu zu bestreiten.

Bestandsentwicklung – Finanzreserven			
	Jahresabschluss 2011	Jahresabschluss 2012	Jahresabschluss 2013
	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013
Tilgungs- und Investitionsreserve	269.196.996 €	268.554.141 €	336.792.677 €
Freiwillige FR Pensionen	391.157.535 €	400.110.686 €	407.705.695 €
FR Entwicklungsmaßnahmen	54.993.671 €	112.743.583 €	154.672.518 €
FR Altersteilzeit	77.418.342 €	57.672.573 €	40.921.646 €
FR Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN)	67.840.655 €	53.024.879 €	43.150.240 €
FR Stellplatzablöse nach BayBO	75.649.072 €	73.906.496 €	76.651.047 €
FR Gesetzliche Versorgungsrücklage	53.689.946 €	62.202.158 €	71.353.511 €
FR SWM Innenstadtbüros	8.258.676 €	8.604.468 €	8.865.392 €
FR Olympia Ruderregatta-Anlage (LZM)	3.647.728 €	3.708.885 €	3.731.282 €
Summe Finanzreserven	1.001.852.621 €	1.040.527.869 €	1.143.844.008 €

Bestandsentwicklung – Gesamtportfolio			
Finanzreserven	1.001,8 Mio. €	1.040,5 Mio. €	1.143,8 Mio. €
Treuhandvermögen	260,9 Mio. €	268,3 Mio. €	275,2 Mio. €
Stiftungen	253,1 Mio. €	254,1 Mio. €	252,3 Mio. €
Summe Gesamtportfolio	1.515,8 Mio. €	1.562,9 Mio. €	1.671,3 Mio. €

Erlösentwicklung – Gesamtportfolio			
Zinseinnahmen	35,6 Mio. €	34,6 Mio. €	28,9 Mio. €
Zinseinnahmen aus Kommunalfonds (Thesaurierung)	7,5 Mio. €	7,0 Mio. €	6,9 Mio. €
Summe Zinseinnahmen	43,1 Mio. €	41,6 Mio. €	35,8 Mio. €

Entwicklung – Geldanlagen Kasse			
Geldanlagen	509,1 Mio. €	408,0 Mio. €	480,6 Mio. €
Zinseinnahmen	13,4 Mio. €	7,5 Mio. €	4,9 Mio. €

Herausgeber

Landeshauptstadt München
Stadtkämmerei
Kassen- und Steueramt
Herzog-Wilhelm-Str. 11
80331 München

Verantwortlich

Dietmar Güntner
Kassen- und Steueramt, Abteilung 1
Finanzierungsmanagement und Kasse

Gestaltung

dm druckmedien gmbh, München

Druck

Stadtkanzlei

Nachdruck, Vervielfältigung und digitale
Nutzung – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung der Landeshauptstadt München.

Gedruckt auf Recyclingpapier.

